

29. März 2013

**ANGELIKA TIMM**

## **Das dritte Kabinett Benjamin Netanjahus: Neue Koalition – alte Politik?**

*Nach sechswöchigen komplizierten Koalitionsverhandlungen stellte der bisherige und neue israelische Premierminister am 18. März 2013 in Jerusalem sein Kabinett vor. Es wird von fünf Parteien bzw. vier Parteiblöcken getragen, hat die Unterstützung von 68 der 120 Parlamentsabgeordneten und umfasst 22 Minister. Die 33. Regierung des 65 Jahre jungen Staates sei zwar „zerrüttet“, urteilt die liberale Presse, habe jedoch durchaus ein eigenes Profil, „fern von jeglicher Uniformität“. Hinsichtlich ihrer politischen und sozialen Zusammensetzung sei sie ein Kabinett der privilegierten, weitgehend säkularen, jüdischen und „weißen“ (aschkenasischen, d. h. europäischstämmigen) Männer aus der Mittel- und Oberschicht. Nicht wenige Publizisten sprechen auch von einem „Kabinett der Siedler“.*

### **Politische Rahmenbedingungen**

Die Koalitionsbildung folgte der Rahmensetzung durch die Parlamentswahlen vom 22. Januar 2013. In deren Ergebnis zogen 12 Parteilisten in die Knesset ein. Stärkste Fraktion mit 31 der 120 Sitze wurde wie erwartet *Likud Beitenu* unter Benjamin Netanjahu, der durch Staatspräsident Schimon Peres am 3. Februar 2013 ein weiteres Mal mit der Regierungsbildung beauftragt wurde.

Im Mittelpunkt der Koalitionsverhandlungen standen vier Themen – die äußere Sicherheit (israelisch-palästinensischer Konflikt, Umbrüche in der Region, Atomprogramm Irans), soziale und wirtschaftliche Fragen, „gleiche Pflichten für alle“ (insbes. Wehrpflicht) sowie Reform des politischen Systems (u. a. des Wahlgesetzes). In Grundfragen wurde bedingte Übereinstimmung zwischen den fünf Regierungsparteien erreicht. Verhandlungen mit den beiden ultraorthodoxen Fraktionen scheiterten vor allem an deren Gegnerschaft zum Wehrdienst der Jeschiva-Schüler, jedoch auch an der Ablehnung ultraorthodoxer Gesellschafts- und Bildungspolitik durch maßgebliche Repräsentanten des neuen Kabinetts.

Der erste Koalitionsvertrag wurde am 19. Februar zwischen *Likud Beitenu* und *Ha-Tnuah* unterzeichnet. Zipi Livni, die während des Wahlkampfes wiederholt beteuert hatte, keinesfalls in eine Regierung unter Führung von Netanjahu/Liebermann einzutreten, sprach nunmehr von einer politischen „Partnerschaft“, in der sie das Mandat erhalten habe, mit den Palästinensern über die „Beendigung des Konflikts“ zu verhandeln (JP, 20.2.2013<sup>1</sup>). Die Koalitionsvereinbarung beinhaltet in der Tat einen entsprechenden Passus, der Livni als „Chief Negotiator“ ausweist, verpflichtet sie jedoch, alle konkreten Schritte mit Netanjahu und einem Ministergremium abzusprechen, dem u. a. der Verteidigungs- und der Außenminister angehören.

<sup>1</sup> Zitate sind wie folgt gekennzeichnet: Jerusalem Post (JP); Ha-Arez, hebr. (HA), engl. Ausgabe (Haaretz), Knessetprotokolle, hebr. (Divrei ha-Knesset); Wirtschaftsbeilage der Tageszeitung Ha-Arez (TheMarker).

## Ergebnisse der Wahl zur 19. Knesset im Überblick<sup>2</sup>

<b>Wahlliste/Fraktion</b>	<b>Charakterisierung (Vorsitz)</b>	<b>Mandate</b>
<b>Regierungsparteien</b>		
Likud Beitenu („Likud – Unser Heim“)	Wahlbündnis von Likud und Israel Beitenu, konservativ-nationalistischer Rechtsblock (Benjamin Netanjahu/Avigdor Lieberman)	<b>31</b>
Jesch Atid („Es gibt eine Zukunft“)	Konservativ-liberale jüdische Zentrumsparterie, gegründet Anfang 2012 (Jair Lapid)	<b>19</b>
Ha-Bajit Ha-Jehudi („Das jüdische Heim“)	Rechtsextreme religiös-zionistische Partei, Interessenvertreterin der Siedler, 2008 aus Nationalreligiöser Partei hervorgegangen (Naftali Bennett)	<b>12</b>
Ha-Tnuah („Die Bewegung“)	2012 gegründete Zentrumsparterie (Zipi Livni)	<b>6</b>
<b>Oppositionsparteien</b>		
Mifleget Ha-Avoda („Partei der Arbeit“)	Israelische Sozialdemokratie (Schelly Jachimowitsch)	<b>15</b>
Schas („Sephardische Thora-Wächter“)	Religiös-ultraorthodoxe Partei orientalischer Juden (Eli Jischai/Arieh Deri)	<b>11</b>
Vereinigtes Thora-Judentum (VTJ)	Religiös-ultraorthodoxe Partei aschkenasischer Juden (Jaakov Litzman)	<b>7</b>
Merez	Linkszionistische Partei (Zehava Gal-On)	<b>6</b>
Ra'am („Vereinigte Arabische Liste“, VAL)	Bündnis von Arabischer Demokratischer Partei, Islamischer Bewegung und Ta'al (Ibrahim Sarsur)	<b>4</b>
Chadasch („Demokratische Liste für Frieden und Gleichheit“)	Von KPI geführtes jüdisch-arabisches Bündnis mit überwiegend arabischer Mitglieds- und Wählerschaft (Muhamad Barakeh)	<b>4</b>
Balad („National-Demokratischer Bund“)	Arabisch-nationale Partei (Jamal Zahalka)	<b>3</b>
Kadima („Voran!“)	2005 durch Ariel Scharon gegründete Zentrumsparterie, Spaltung 2012 (Schaul Mofas)	<b>2</b>

Mit *Ha-Bajit Ha-Jehudi* und *Jesch Atid* vermochte Benjamin Netanjahu am 15. März Koalitionsverträge abzuschließen. Die Vorsitzenden beider Parteien, Naftali Bennett und Jair Lapid, hatten zuvor einen „Pakt“ geschlossen, in dem sie sich verpflichteten, die Einbeziehung der jeweils anderen Fraktion in die Regierung zu betreiben.

Die Vereinbarung mit *Ha-Bajit Ha-Jehudi* kommt den selbst ernannten Interessenvertretern der Siedlerorganisationen weit entgegen. Bennett erhält im Kabinett beispielsweise nicht nur weitgehende Verantwortung für sozio-ökonomische Fragen, sondern auch für Jerusalem; ihm wird ein Platz im o. a. Ministerausschuss zugesichert, der israelisch-palästinensische Verhandlungen überwachen und absegnen soll. Darüber hinaus wurde seiner Partei das für die Siedlungstätigkeit wichtige Ministerium für Bauwesen und Wohnungsbau sowie die Präsenz im Ministerausschuss für

<sup>2</sup> Zu den Wahlergebnissen vgl. [www.rosalux.de/publication/39077/wahlen-zur-19-knesset-ergebnisse-und-perspektiven.html](http://www.rosalux.de/publication/39077/wahlen-zur-19-knesset-ergebnisse-und-perspektiven.html) (Angelika Timm, 29.1.2013).

Siedlungsfragen zugesagt. Jegliche Festlegung über die Aufgabe von Teilen der besetzten palästinensischen Territorien müsse durch Volksentscheid bestätigt werden. Laut Koalitionsabkommen solle Israel in einem neuen Grundgesetz als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ definiert werden.

Das ebenfalls am 15. März mit *Jesch Atid*, der zweitstärksten Partei in der Knesset, unterzeichnete Abkommen sprach Lapid das Portefeuille des Finanzministers zu und gewährte seiner Partei darüber hinaus die Ressorts Bildung, Wohlfahrt, Gesundheit sowie Wissenschaft und Technologie. Lapid wurde zudem zugesichert, dass sein Wahlversprechen, für eine „schlanke“ Regierung einzutreten, berücksichtigt werde. Die Sperrklausel für künftige Parlamentswahlen solle von 2% auf 4% angehoben werden.

Nicht zuletzt die zwischen Lapid und Bennett geschlossene Allianz ermöglichte es *Ha-Bajit Ha-Jehudi*, die Forderungen der Siedler durchzusetzen. „Ohne das Bündnis mit Lapid“ – so Bennett – „wäre ein Kabinett aus Likud Beitenu, der Zipi-Livni-Partei, Jesch Atid, Kadima und Schas entstanden. Eine solche Regierung hätte die diplomatischen Vorstellungen Livnis gestützt, Zugeständnisse bezüglich Jerusalem und Ariel gemacht und wäre von der PLO besessen gewesen. Unser Zusammengehen hat die Landkarte verändert und den Likud gezwungen, Ha-Bajit Ha-Jehudi einzubeziehen“ (JP, 25.02.2013). Die Koalitionsvereinbarungen mit den Rechtsnationalen und den siedlerfreundlichen Zentristen enthalten darüber hinaus die Zusicherung, dass wichtige Knessetausschüsse künftig durch *Jesch Atid* (Immigration und Eingliederung von Neueinwanderern, Frauenrechte, öffentliche Eingaben) und *Ha-Bajit Ha-Jehudi* (Finanzen, Wirtschaft und Handel, Wohnungsbau, Rentnerangelegenheiten) geleitet würden.

Das Zustandekommen der neuen Regierung hatte US-Präsident Barack Obama zur Bedingung seines Israel-Besuchs (20.-22.3.) gemacht. Der Zeitplan wurde letztlich eingehalten. Inwieweit die Zusammensetzung des neuen Kabinetts eine gute Grundlage für ein abgestimmtes amerikanisch-israelisches Agieren in der Nahostregion ist, bleibt offen.

### **„Das Kabinett der Siedler“**

Aus der politischen und personalen Zusammensetzung der neuen Regierung sind die Weichenstellungen für innenpolitisches und internationales Agieren in groben Konturen ablesbar. Zunächst ist das Kabinett bedeutend kleiner als sein Vorgänger. Es umfasst 22 Minister und acht stellvertretene Minister (s. Tabelle). Erstmals seit 50 Jahren wurde auf die Ernennung von stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministern ohne Portefeuille verzichtet.

Zwölf der Ministerämter und fünf der stellvertretenden Ministerposten (56,7%) gingen an *Likud Beitenu*; *Jesch Atid* erhielt 20% der Ämter, *Ha-Bajit Ha-Jehudi* - 16,66% und *Ha-Tnuah* mit zwei Ministern lediglich 6,66%. Zum Vorsitzenden der Knesset wurde Juli Edelstein (*Likud Beitenu*) gewählt.

Die neue Regierung gilt als Kabinett der reichen, weitgehend säkularen, jüdischen und „weißen“ (aschkenasischen) *Männer* aus der Mittel- und Oberschicht (HA, 17.3.2013). Obwohl die Zahl der neugewählten weiblichen Knessetmitglieder höher ausfiel als jemals zuvor in der Geschichte des Landes, bekleiden nur vier Frauen Ministerämter; zwei weitere wurden zu stellvertretenden Ministerinnen ernannt. Auch die Zahl der orientalischen Juden in der Regierung ist mit vier Ministern so gering wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Nicht zuletzt infolge der Eliminierung liberaler Politiker im *Likud* (Meridor, Begin, Rivlin) ist die extreme Rechte in der neuen Regierung deutlich stärker vertreten als in dem 2009 gebildeten Rechtskabinett. Mindestens fünf - mit dem designierten Außenminister Avigdor Liebermann sechs - Siedler aus der besetzten Westbank wurden zu Ministern ernannt. Der neue Vorsitzende des

wichtigen Finanzausschusses im Parlament, Nissan Slomiansky, war Generalsekretär der Siedlerorganisation *Gusch Emunim* und ist Mitglied des JESHA-Siedlerrates. Der Minister für Bauwesen und Wohnungsbau, Uri Ariel, erklärte unmittelbar nach seiner Vereidigung in der Knesset, es gebe heute 360.000 Siedler in der Westbank, „und ich möchte viel, viel mehr“. Es könne nur „einen Staat zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer geben – Israel“ (JP, 19.3.2013). Die liberale Tageszeitung Haaretz schrieb in ihrem Leitartikel vom 19. März unter der Überschrift „Eine Siedler-Regierung“, dass die wahren Gewinner der Parlamentswahlen vom 22. Januar die Siedler seien. Dabei ist nicht allein die numerische Stärke der Siedler in Parlament und Regierung politikträchtig. In anderen Parteien und Knessetfraktionen, insbesondere in *Likud* und *Israel Beitenu*, aber auch bei den Ultraorthodoxen und im Zentrum, können die Siedler auf zahlreiche Sympathisanten und Unterstützer zählen.

### Zusammensetzung der 33. israelischen Regierung

Name	Partei	Portefeuille
Benjamin Netanjahu	Likud Beitenu	Premier und amtierender Außenminister
Jair Lapid	Jesch Atid	Finanzen
Naftali Bennett	Ha-Bajit Ha-Jehudi	Wirtschaft und Handel, religiöse Angelegenheiten, Jerusalem und Diaspora
Mosche Jaalon	Likud Beitenu	Verteidigung
Jizchak Aharonowitsch	Likud Beitenu	Innere Sicherheit
Uri Ariel	Ha-Bajit Ha-Jehudi	Bauwesen und Wohnungsbau
Meir Cohen	Jesch Atid	Wohlfahrt und Soziales
Gilad Erdan	Likud Beitenu	Kommunikation und Zivilschutz
Jael German	Jesch Atid	Gesundheit
Israel Katz	Likud Beitenu	Transport
Uzi Landau	Likud Beitenu	Tourismus
Sofa Landver	Likud Beitenu	Einwanderungsfragen
Zipi Livni	Ha-Tnuah	Justiz
Uri Orbach	Ha-Bajit Ha-Jehudi	Rentnerangelegenheiten
Limor Livnat	Likud Beitenu	Kultur und Sport
Amir Perez	Ha-Tnuah	Umwelt
Jaakov Peri	Jesch Atid	Wissenschaft
Schai Piron	Jesch Atid	Bildung
Gideon Saar	Likud Beitenu	Inneres
Silvan Schalom	Likud Beitenu	Regionale Entwicklung (Negev und Galiläa), Energie und Wasser
Jair Schamir	Likud Beitenu	Landwirtschaft
Juval Steinitz	Likud Beitenu	Internationale, geheimdienstliche und strategische Angelegenheiten
<b>Stellvertretende Minister</b>		
Ofir Okunis	Likud Beitenu	Büro des Premierministers
Zeev Elkin	Likud Beitenu	Auswärtige Angelegenheiten
Eli Ben-Dahan	Ha-Bajit Ha-Jehudi	Religiöse Angelegenheiten
Danny Danon	Likud Beitenu	Verteidigung
Avi Wortzman	Ha-Bajit Ha-Jehudi	Bildung
Zipi Chotobuli	Likud Beitenu	Verkehrswesen und Kommunikation
Miki Levy	Jesch Atid	Finanzen
Faina Kirschenbaum	Likud Beitenu	Inneres

In der 32. Regierung Israels waren die Ressorts für Inneres, Religionsfragen, Gesundheit, Wohnungsbau und Bauwesen sowie der Finanzausschuss der Knesset durch Vertreter von *Schas* bzw. des *Vereinigten Thora-Judentums (VTJ)* besetzt. Die beiden ultraorthodoxen Parteien gelten nunmehr als „Verlierer“, obwohl sie in den Parlamentswahlen zwei Sitze mehr als 2009 erhielten. Seit Mitte der 1980er Jahre, seit nahezu drei Jahrzehnten, war zumindest eine der beiden Parteien an der Regierungsbildung beteiligt gewesen und somit in der Lage, direkten Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die Tatsache, dass 2013 die Charedim nicht ins Kabinett aufgenommen wurden, bezeichnete eine ultraorthodoxe israelische Tageszeitung als „Kriegserklärung an die Welt der Thora“ (Zit. nach TheMarker, 18.3.2013).

Auf ihrer ersten Sitzung bestimmte die Regierung das siebenköpfige Sicherheitskabinett. Ihm gehören Premier Netanjahu, Verteidigungsminister Jaalon, der Minister für innere Sicherheit Aharonowitsch, Finanzminister Lapid, Justizministerin Livni, Wirtschaftsminister Bennett und der Minister für Kommunikation und Zivilschutz Erdan an.

Die Kabinettsmitglieder scheinen sich in Grundfragen der Innen-, Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, so die bisherigen Verlautbarungen, weitgehend einig zu sein; einer homogenen Regierung, die als Block den Ministerpräsidenten stützt, scheint Netanjahu allerdings nicht vorzustehen. Er beginnt seine dritte Amtszeit geschwächt und mit zwei starken Koalitionspartnern (*Jesch Atid* und *Ha-Bajit Ha-Jehudi*), deren Führer ambitiös auftreten, sich politisch und fachlich jedoch noch profilieren müssen (und wollen).

### **Erste Weichenstellungen von Regierungskoalition und Opposition**

In seiner Regierungserklärung verpflichtete sich Benjamin Netanjahu, dem „Wohl aller Bürger Israels“ zu dienen. Gleichzeitig hob er die „historische Bindung an Erez Israel“ (d. h. Israel mit Einschluss der Palästinensergebiete) hervor; als Hauptanliegen seiner Regierung benannte er die Sicherung der Existenz Israels als eines „jüdischen Staates“ (Divrei ha-Knesset, 18.03.2013).

Der Premierminister kündigte ferner an, seine Regierung werde die nationalen Lasten auf breitere Schultern verteilen, drastische Preissenkungen, insbesondere auf dem Wohnungsmarkt, vornehmen und neue Wohnungen bauen lassen. Im Mittelpunkt seiner Rede vor der Knesset standen jedoch die „äußeren Infragestellungen – die Verteidigung der Sicherheit Israels und seiner Bürger“. Er verwies insbesondere auf Iran und Syrien, als er davon sprach, Israel stehe vor den größten Bedrohungen in seiner Geschichte.

Bezüglich der Entwicklungen in der Region charakterisierte Netanjahu die Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien als „Anker der Stabilität im Nahen Osten“. Sie müssten mit aller Kraft bewahrt bleiben. Vorwärtsweisende Bekundungen hinsichtlich des Verhältnisses zu den Palästinensern fehlten in der Rede dagegen weitgehend; die Siedlungspolitik wurde mit keinem Wort erwähnt.

Zu den ersten Aktivitäten von Regierung und Parlament gehörte die Ausweitung des Termins für die Beschlussfassung über das neue Budget von 45 auf 135 Tage. Das Haushaltsdefizit des Jahres 2012 (4% des BIP) mache, so der neue Finanzminister, umfassende Einsparungen erforderlich, sollen nicht weitere Schulden in Kauf genommen werden. Es wird mit Budgetkürzungen in Höhe von bis zu 30 Mrd. NIS gerechnet.

Einige Regierungsvertreter setzten bereits unmittelbar nach der Vereidigung ihre Markenzeichen. So reichte der stellvertretende Verteidigungsminister Danny Danon wenige Minuten nach der entsprechenden Zeremonie einen Gesetzesantrag ein, wonach „Knessetmitglieder, die terroristische Organisationen unterstützen und den Staat Israel verleumdern, nicht wiedergewählt werden können“. Das gegen arabische Politiker gerichtete so genannte „Zoabi-Gesetz“ sieht vor, dass künftig nicht das Oberste Gericht, sondern die Zentrale Wahlkommission - mit

Zweidrittelmehrheit - über die Zulassung von Kandidaten bzw. Wahllisten entscheiden solle (JP, 7.2.2013).

Die Opposition ist auch in der 19. Knesset recht heterogen. Sie besteht aus *Avoda*, *Merez*, den beiden ultraorthodoxen Parteien *Schas* und *VTJ*, der von der KPI geführten *Chadasch* sowie den arabischen Parteien *Balad* und *VAL* sowie der *Kadima*-Partei unter Schaul Mofaz, umfasst 52 der 120 Abgeordneten und wird von Schelly Jachimowitsch (*Avoda*) angeführt.

Während der ersten Knessetsitzung zeigte sich Jachimowitsch kämpferisch und gewillt, insbesondere das Mandat der sozialen Protestbewegung aufzunehmen. Nicht unbegründet wandte sie sich an die neuen Kabinettsmitglieder: „Lasst uns das Kind beim Namen nennen. Ihr seid alle Kapitalisten. Vielleicht gebt ihr dem Kapitalismus etwas freundlichere Namen. Aber ihr alle, jeder auf seine Weise und mit seinen Worten, vertretet rechte Wirtschaftskonzepte und trägt dazu bei, das bestehende System zu festigen. Die Klüfte zwischen Arm und Reich sind in unserem Land tiefer als in der gesamten westlichen Welt; die Beteiligung des Staates an den Sozialleistungen für die Bürger dagegen ist bei uns am geringsten. Das jedoch ist genau das Gegenteil der zionistischen Vision!“ Die Regierung stelle – so die Oppositionsführerin - in bisher nicht gekanntem Ausmaß eine Vertretung des Kapitals und gleichzeitig der Siedler dar. Es sei eine Regierung, die weder Ultraorthodoxe und Arme noch die Araber – die Mehrheit der Bürger Israels – repräsentiere. Hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts blieb Jachimowitsch, wie in der Wahlkampagne, blass. Sie verkündete lediglich, *Avoda* werde darüber nachdenken, in die Regierung einzutreten, sollte diese tatsächlich Frieden mit den Palästinensern wollen.

Zehava Gal-On, Fraktionsvorsitzende von *Merez*, konzentrierte sich in ihrer Knessetantrittsrede auf den Nahostkonflikt. „Wir haben eine Regierung des Friedens angestrebt, die einen politischen Durchbruch bringt. [...] Welche Botschaft will Ministerpräsident Benjamin Netanjahu dem Präsident Obama vermitteln? Dass er einer rechten, extremistischen Siedlerregierung vorsteht?“ Es fehle zudem die wichtige Auseinandersetzung über Menschenrechte. Die Knessetabgeordneten sollten, so Gal-On, ihr Veto gegen das von *Likud Beitenu* und *Ha-Bajit Ha-Jehudi* angekündigte rassistische „Grundgesetz: Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes“ einlegen.

In sozialökonomischer Hinsicht scheint die Opposition homogener zu sein als in der 18. Knesset. Sowohl Muhamad Barakeh (*Chadasch*) als auch Eli Jischai (*Schas*) charakterisierten beispielsweise die neue Regierung als gefährlich bzw. problematisch, da sie die Interessen der Reichen, jedoch nicht der Armen und Unterprivilegierten vertrete. Gravierende Unterschiede gab es dagegen hinsichtlich der Entwicklung in der Region, der Haltung zur palästinensischen Führung und zum Iran sowie zu einer Vielzahl anderer grundsätzlicher Fragen der Innen-, Regional- und Außenpolitik (alle Zitate nach Divrei ha-Knesset, 18.03.2013).

### **Stimmungsbilder in der Bevölkerung**

Die Reaktionen auf die Bildung der neuen Regierung bzw. erste öffentliche Stimmungsbilder konzentrierten sich auf den Ausschluss der Charedim aus der Koalitionsregierung, auf Absichtserklärungen hinsichtlich der Wirtschafts- und Siedlungspolitik sowie auf die angekündigten Veränderungen im politischen System.

Laut einer Umfrage von Anfang März 2013 befürworteten 69% der jüdischen Bürger Israels eine Regierung unter Einschluss von *Jesch Atid* und *Ha-Bajit Ha-Jehudi*, jedoch ohne ultraorthodoxe Parteien. Die Führer von *Schas* und *VTJ* reagierten demgegenüber frustriert und aggressiv. So erklärte Arie Deri (*Schas*): „Vor unseren Augen entstand eine bourgeoise Regierung, die ausschließlich aus Vertretern der Oberschicht besteht, eine Regierung, zu deren Mitgliedern niemand gehört, der weiß, was es bedeutet, in Armut zu leben.“ Zwei Millionen Menschen, Bürger des zweiten, armen Israel, würden nicht durch das neue Kabinett repräsentiert. Rabbiner Israel

Eichler (VTJ) beklagte, dass Israel das einzige Land der Welt sei, in dem Juden boykottiert würden, weil sie eine andere Lebensweise verträten (JP, 14.3.2013).

Als die Zusammensetzung des 33. Kabinetts bekanntgegeben wurde, schrieb auch die konservative Jerusalem Post über eine „kapitalistische Regierung“ (JP 18.3.2013). Diskussionen über den „Pakt“ zwischen dem Hightech Tycoon Bennett und dem 22-fachen Schekel-Millionär Lapid (lt. Forbes Israel, 11.09.2012), deren neoliberale Positionen offensichtlich übereinstimmten, wurden vielfach mit Prognosen über die künftige Wirtschaftspolitik der Regierung verbunden. Das Wirtschaftsblatt TheMarker spekulierte beispielsweise darüber, inwieweit die Budgets für die einzelnen Ministerien erhöht oder verringert, ob bisherige Steuervergünstigungen variiert oder neue Steuern erhoben würden, um die zur Haushaltssanierung erforderlichen Gelder aufzubringen (17.3.2013; 27.3.2013).

Die Ernennung Jair Lapid zum Finanzminister hielten im März lt. Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Dialog nur 26% der Befragten für gerechtfertigt; 52% waren der Meinung, Lapid sei „die falsche Person im falschen Ministerium“ (HA, 22.03.2013). Lapid hatte bereits wenige Tage nach der Parlamentswahl angekündigt, er wolle im nächsten Urnengang Netanjahu ablösen. Der Historiker und Publizist Tom Segev meinte: „Wer sich entschied, Lapid zu wählen, votierte für einen „Niemand“, eine Art „anti-orthodoxen Likud lite“ (JP, 4.2.2013). Der Schriftsteller Sefi Rachlevsky brachte die Enttäuschung vieler Anhänger Lapid's über dessen Bündnis mit Bennett auf den folgenden Nenner: „Seine Unterstützer haben [...] einen Mann, der Gitarre spielt und die Musik der Beatles hört, gewählt, nicht jedoch einen Rabbiner, einen Siedler oder Rassisten“ (Haaretz, 25.3.2013).

Die Siedler könnten hinsichtlich der neuen Regierungspolitik optimistisch sein, urteilt das konservative Internetportal ynet. Der Vorsitzende des YESHA-Siedlerrats, Avi Roeh, bedauerte zwar das Fehlen der Ultraorthodoxen in der Regierung, seien diese doch für viele Jahre gute Partner gewesen. Er hoffe jedoch auf eine positive Entwicklung des Siedlungswerks in Judäa und Samaria (ynet, 16.3.2013). Kritisch und besorgt äußerte sich demgegenüber Ha-Arez: „Die Rechte wird eine klare Mehrheit im Kabinett und in *den* Ministerien haben, die verantwortlich für die Planung und den Siedlungsbau in der Westbank sind; die Portefeuilles für Verteidigung, Bauwesen, Inneres und Wirtschaft sind Siedlern oder deren politischen Verbündeten zugeteilt worden. [...] Eine solche Politik wird die Zwei-Staaten-Lösung hintertreiben, Israels internationale Isolierung vertiefen und den Konflikt anheizen“ (HA, 15.3.2013).

Die Absichtserklärungen der Koalitionäre, ein neues Grundgesetz zu verabschieden, das dem *jüdischen* Element Priorität gegenüber dem *demokratischen* gäbe, und die angestrebte Erhöhung der Sperrklausel von 2% auf 4% sorgten insbesondere für Wortmeldungen linker bzw. demokratischer Kräfte. Ha-Arez schrieb z. B. am 15. März im Leitartikel, die Zusammensetzung der neuen Regierung biete schlechte Aussichten „für das Verhältnis des Staates zu seiner arabischen Minderheit und für den Schutz der Demokratie, insbesondere für Redefreiheit und die Freiheit zu protestieren“. Mordechai Kremnitzer, Vizepräsident des Israel Democracy Institute in Jerusalem, beklagte, ein solches Gesetz würde die demokratischen Grundlagen Israels von einem Fundament zu einer Randerscheinung degradieren; die Visionen Herzls und Jabotinskys hätten sich nicht nur auf den jüdischen Nationalstaat gerichtet, sondern auch auf einen beispielhaften Staat, der auf den besten demokratisch-liberalen Traditionen basiere (HA, 18.3.2013).

Arabische zivilgesellschaftliche Organisationen protestierten vehement gegen das anvisierte neue Grundgesetz über die Identität Israels. Jousef Jabareen (*Dirasat*): „Der Vorschlag beeinträchtigt in gefährlicher Weise die Menschenrechte und ermöglicht eine Politik der Diskriminierung und des Rassismus.“ Die arabische Sprache sei integraler Bestandteil der nationalen und kulturellen Identität der arabischen nationalen Minderheit Israels (HA, 18.3.2013).

In der Knesset trafen sich bereits am 19. März, einen Tag nach der Vereidigung der neuen Regierung, Vertreter der Oppositionsfraktionen zu einer Dringlichkeitssitzung, um über die Gefährdung der israelischen Demokratie, insbesondere die geplante Erhöhung der Sperrklausel, zu beraten. Initiiert wurde das Meeting durch Abgeordnete von *Chadasch*, *VTJ* und *Avoda*. Über die Oppositionsfraktionen hinaus beteiligten sich auch zivilgesellschaftliche Akteure und Akademiker an der Diskussion. Ihnen schlossen sich Justizministerin Zipi Livni und der ehemalige Knessetsprecher Reuven Rivlin an. Die Gründerväter Israels, so Rivlin, hätten absichtlich die Sperrklausel niedrig gehalten, um möglichst viele Ansichten und politische Positionen im Parlament zu bündeln. Die Knesset habe bisher alle in der Nation vertretenen Meinungen repräsentiert; das müsse auch in Zukunft so sein (JP, 20.3.2013). Laut einer am Tag der Regierungsvereidigung durchgeführten Umfrage gilt Rivlin in der Öffentlichkeit - noch vor Peres - z. Zt. als beliebtester Politiker. 75% der Befragten waren mit seinem Engagement als Parlamentspräsident zufrieden; ob das für die Nachfolge von Staatspräsident Peres reicht, bleibt abzuwarten. Netanjahu's Wirken werteten in derselben Befragung immerhin nur 48% als positiv (Haaretz, 25.3.2013).

### **Kontinuität oder Politikwechsel?**

Der durch Forscher der Universität Tel Aviv und des Israel Democracy Institute monatlich durchgeführte Peace Index ergab Anfang März 2013, dass 73% der jüdischen Israelis die Ergebnisse der Knessetwahlen vom 22. Januar als Widerspiegelung des starken Wunsches in der Bevölkerung nach einer „neuen Politik“ werten. Wird das dritte Kabinett Netanjahu diesem hohen Anspruch gerecht werden oder wird es die „alte Politik“ fortsetzen?

Zu den Kontinuitäten gehören u. a. folgende politische Gegebenheiten:

- Das Bündnis *Likud – Israel Beitenu* bleibt stärkste politische Kraft sowohl in der Legislative als auch in der Exekutive (31 Sitze im Parlament, 12 von 22 Ministern, 5 von 8 stellv. Ministern), unabhängig davon, ob das 2012 aus pragmatischen Gründen gebildete Wahlbündnis Bestand hat oder sich wieder auflöst.
- Rechtstrends in der israelischen Gesellschaft und in der Politik (Dominanz extrem nationalistischer Kräfte, Verdrängung liberaler Politiker innerhalb des *Likud*, Vergabe von Schlüsselpositionen der Exekutive an Vertreter der nationalreligiösen Siedlerpartei u. a.) werden weiterhin bestimmend bleiben.
- Die Grundlinien der bisherigen Regierungsagenda auf innen- und außenpolitischer Ebene werden sich fortsetzen (Drohung eines Militärschlags gegen Iran, Dominanz der jüdischen gegenüber der israelischen Identität, Schwächung der Demokratie bzw. Demontage demokratischer Werte, Festhalten an der neoliberalen Wirtschaftspolitik und Fortsetzung des Sozialabbaus).
- Aktiv werden neue Weichen für die Forcierung der Siedlungstätigkeit in den palästinensischen Gebieten und damit für die Absage an eine kompromissorientierte Zwei-Staaten-Lösung gestellt werden (Ausbau der Siedlungsblöcke in der Westbank und in Ostjerusalem, Legalisierung von Outposts, Besiedlung der E1-Zone zwischen Jerusalem und Maaleh Adumim u. a.).
- Mögliche politische Verhandlungen mit Vertretern der palästinensischen Autorität werden darauf abzielen, dem internationalen Druck auf Israel zu begegnen und das Image der Regierung Netanjahu zu verbessern (damit verbindet sich die geringe Neigung zur Wiederaufnahme von Gesprächen mit der PA bzw. die Nutzung der Justizministerin Livni als „Feigenblatt“ für die Verhandlungsresistenz u. a.).

Gleichzeitig zeichnen sich in den Koalitionsvereinbarungen und ersten Regierungsaktivitäten neue Akzente in der Innenpolitik ab:



- Das Kabinett wurde – der Forderung Lapid's folgend - strukturell und numerisch geschrumpft; während die 32. Regierung 34 Minister umfasste, zählt die 33. nunmehr nur noch 22. Mit der „Verschlankung“ könnten eine Effektivierung und vor allem die Einsparung finanzieller Mittel einhergehen.
- Sollte die Sperrklausel bei Parlamentswahlen von 2% auf 4% heraufgesetzt werden, dürfte sich die politische Landschaft Israels deutlich verändern. Der von Bennett vorgeschlagene Coup würde sich insbesondere auf die Parteien mit mehrheitlich arabischen Wählern auswirken. Vorschläge, eine gemeinsame „arabische Liste“ zu bilden, gehen an der Realität vorbei, da sie die Heterogenität der palästinensisch-arabischen Bevölkerung ignorieren.
- Die Tatsache, dass erstmals seit nahezu drei Jahrzehnten die ultraorthodoxen Parteien nicht in der Regierung vertreten sind (Ausnahmen: 1993-1996 und 2003-2004), dürfte nicht nur Auswirkungen auf ihren Zugang zu staatlichen Finanzmitteln haben bzw. ihre Einflussnahme auf innenpolitische Fragen mindern, sondern gleichzeitig auch die Spaltung der Gesellschaft vertiefen und den charedischen Protest verstärken.
- Die Etablierung von *Ha-Bajit Ha-Jehudi* als viertstärkster politischer Kraft kann als „Wiedergeburt“ der traditionellen Nationalreligiösen Partei gewertet werden. Seit ihrer Gründung 1956 Zünglein an der Waage, war diese bis 2001 an nahezu allen Regierungsbildungen (außer 1992 – 1996) beteiligt. Sie entwickelte sich nach 1967 schrittweise zur Interessenvertretung der Siedlerbewegung und verfiert rechtsextreme Positionen in der Palästinenserfrage. Innenpolitisch wird sie u. a. bemüht sein, ihren Einfluss auf religiöse Institutionen, auf das staatlich-religiöse Bildungswesen und auf die Vergabe finanzieller Fördermittel zu verstärken. Daraus entwickelte sich der Gegensatz zu den Ansprüchen der ultraorthodoxen Parteien, der in einen „Kulturkampf“ zwischen den religiösen Fraktionen einmünden kann.
- Laut der von Lapid und Bennett geforderten „Wehrdienstgerechtigkeit“ soll die Mehrheit der ultraorthodoxen Jeschiva-Studenten in einem Stufenprozess von fünf Jahren in den Wehrdienst oder andere nationale Dienste einbezogen bzw. in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Das würde Veränderungen in der charedischen Gemeinschaft und darüber hinaus in der gesamten israelischen Gesellschaft bewirken.
- In der Finanz- und Wirtschaftspolitik deuten sich vorsichtige Reformen an. So hat Naftali Bennett z. B. ein Programm zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen angekündigt; die Steuer- und Zollgesetzgebung könnte reformiert werden; die Regierung will während der nächsten zehn Jahre ca. 150.000 Wohnungen bauen. Die Agenda der sozialen Proteste könnte sich dadurch variieren; im Gegenzug könnte der Widerstand einflussreicher Finanz- und Wirtschaftslobbyisten zunehmen.
- Die sich abzeichnende Herausbildung einer rechtsliberalen Mitte in der politischen Landschaft Israels (*Jesch Atid* u. a.) könnte zumindest mittelfristig Modifizierungen in der Innen- und Außenpolitik bewirken. Inwieweit diese bereits in neue politische Weichenstellungen einmünden, hängt von generellen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft ab.
- Die Besetzung wichtiger Positionen in der Legislative wie in der Exekutive durch Vertreter antidemokratischer und z. T. rassistischer Anschauungen wird insbesondere von den palästinensisch-arabischen Staatsbürgern Israels mit Skepsis und Misstrauen beobachtet; sie birgt das Potential weiterer Zuspitzungen des innergesellschaftlichen jüdisch-arabischen Widerspruchs in sich.
- Die Opposition in der Knesset ist wenig homogen, jedoch breiter aufgestellt und möglicherweise auch kämpferischer als während der letzten Legislaturperiode. Dafür könnten die Stärkung von

*Merez* und das neue Selbstvertrauen von *Avoda* stehen. Diese Situation könnte insbesondere der Verteidigung der parlamentarischen Demokratie dienen und den sozialen Protesten neue Impulse verleihen.

### **Zusammenfassung und Ausblick**

Die 33. Regierung Israels steht in der Innen- und Außenpolitik, insbesondere auch im Verhältnis zu den Palästinensern, vor neuen (alten) Herausforderungen. Fragen nach der Identität des Staates sind mit der Haltung zu den besetzten Gebieten, mit dem Verhältnis von Staat und Religion, mit dem Status der arabisch-palästinensischen Bürger des Landes und mit der weiteren Ausformung oder Minimierung demokratischer Grundstrukturen und Werte verbunden. Daran sind nicht zuletzt wirtschaftliche Entscheidungen gekoppelt. Nicht zufällig mahnte Stanley Fischer, bis Juni 2013 noch Präsident der Bank of Israel, auf der strategischen Herzliya-Konferenz im März 2013: „Langfristig braucht die Wirtschaft Frieden mit den Nachbarn [...]. Ich glaube nicht, dass das Verteidigungsbudget weiter so anwachsen kann wie in den letzten Jahren.“ Hauptprobleme Israels blieben, so Fischer, die Armut, insbesondere in der ultraorthodoxen und arabischen Bevölkerung, das Wachstum der nicht arbeitenden Bevölkerung und die Bildungsmisere – sowohl auf Schulebene als auch auf akademischem Niveau (JP, 14.3.2013).

Die aktuellen Gegebenheiten und alle Prognosen für die nächste Zukunft deuten darauf hin, dass sich in der 19. Legislaturperiode die innerisraelischen Widersprüche, insbesondere zwischen jüdischer Bevölkerungsmehrheit und palästinensisch-arabischer Minderheit, aber auch zwischen Charedim, säkularen Juden und Nationalreligiösen sowie zwischen Misrachim (orientalischen Juden) und Aschkenasim (europäischstämmigen Juden) verschärfen dürften. Die Wiederbelebung des nahöstlichen „Friedensprozesses“ dagegen, wenig realistische Wunschvorstellung von Demokraten, Friedenskräften und Bürgerrechtlern, ist von der politischen Agenda weitgehend verschwunden. Der Machtzuwachs der Siedlerverehrer und Hardliner in der neuen Regierung weist im Gegenteil auf die Verhärtung der Positionen und auf Bestrebungen zur weiteren „Zersiedlung“ Palästinas hin.

Nicht zuletzt von der politischen Opposition wird es abhängen, wie die dritte Regierung Netanjahu agieren und wie sich Dialog und Streitkultur in Knesset und Gesellschaft entwickeln werden. Insbesondere die *Avoda* solle nicht nur Kritik üben, sondern müsse strategische Entscheidungen treffen bzw. Alternativen bezüglich vitaler Fragen entwickeln, fordert der prominente Politologe und ehemalige Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Schlomo Avineri. Er benennt konkret die aktive Beteiligung an Friedensgesprächen, die Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch Abbau von Privilegien der Siedler, die stärkere Besteuerung der Tycoons und großen Firmen sowie die Kürzung der unverhältnismäßig hohen Armeepensionen (HA, 22.3.2013).

Die Lebenserwartung der neuen Regierung ist schwer voraussagbar. Erste Indizien für Überleben und Wirkungsspielraum des Kabinetts dürften die Entscheidungen über den neuen Haushalt, das angekündigte Wehrdienstgesetz und das Grundgesetz „Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes“ sein. B. Netanjahu seien – als neuem und altem Premier – 100 Tage zugestanden, in denen er mit praktischen Schritten und Entscheidungen das Profil der 33. israelischen Exekutive sichtbar machen kann. Als erfahrener Pragmatiker wird er manchen Kompromiss einzugehen bzw. mitzutragen haben.